

# Die Wahrheit liegt auf dem Platz

Vier Tage diskutierten und stritten über 400 Delegierte in Freiburg über den Kurs der GEW

Über Kunst sagte der vor allem in den 1920er Jahren agierende Komiker Karl Valentin, dass sie schön sei, aber viel Arbeit mache. Dies gilt wohl unumwunden auch für die Demokratie. Da kommt man manchmal ins Zweifeln, ob denn der Gegenstand die Arbeit lohnt. Wenn die Delegierten mit hunderte Seiten umfassenden Anträgen bereits im Vorfeld der Tagung beglückt werden und auf dem Gewerkschaftstag selbst studentische Hilfskräfte unermüdlich Änderungsanträge verteilen, die zumindest geordnet und abgeheftet gehören, entsteht auf jeden Fall der Eindruck, dass hier ganz Wichtiges passiert. Das Ganze wird gesteuert von einer Antragskommission, auf deren Mitglieder ob dieser Aufgabe wahrscheinlich nie-

mand neidisch ist.

Viele von diesen Anträgen, das weiß man schon im Vorfeld, können gar nicht beraten werden und geraten so zu einem späteren Zeitpunkt an den Hauptvorstand, der dann dieses Geschäft zu erledigen hat. Das liegt auch daran, dass neben der eigentlichen Antragsberatung vor allem – wie es sich in einer nach demokratischen Spielregeln funktionierenden Organisation gehört – das Personal gewählt werden muss. Und hier ist es weniger das zähe Ringen, sondern die Präsentation der- oder desjenigen, die bzw. der sich um ein Amt bewirbt, die Aufmerksamkeit verlangt, manchmal aber auch in Langeweile abzurutschen droht. Die Gefahr, dass das passiert, ist besonders groß, wenn es keine Ge-

genkandidaturen gibt.

Die wiedergewählte Vorsitzende Marlis Tepe wurde aber dann doch mit einer Reihe kritischer Fragen bedacht, die sie aus der Sicht der Fragenden wohl nur unzureichend beantwortete. Dies legt auf jeden Fall das Wahlergebnis nahe, das mit etwas über 70 Prozent zeigte, dass nicht alle mit ihrer Arbeit zufrieden sind. Dabei stritt man nicht über die großen Linien der Politik, sondern eher – aus der Sicht des Chronisten – über Nebensächliches, das sich manchmal auch an Stillfragen festmachte. Marlis erwähnte in ihrer Dankesrede nach ihrer Wiederwahl auf jeden Fall, dass es natürlich wichtig sei, über Inhalte zu streiten, aber man nicht vergessen solle, was einmal der Fußballtrainer Otto Rehhagel – vor dem Hintergrund des Vor- und Nachkartens eines Spiels – zum Besten gab: „Gespielt wird auf dem Platz.“

Inhaltlich kontroverser wurde es bei der Besetzung des Vorstandsbereichs ‚Schule‘, ein Ressort, das alle Grundfragen der Schulpolitik umfasst. Hier kandidierte neben der bisherigen amtierenden Ilka Hoffmann Nuri Kiefer, Schulleiter einer



Fotos: hlz

Blick auf die Hamburger Delegierten: Humor ist der beste Ratgeber

Gemeinschaftsschule in Berlin. Die Konturen der Auseinandersetzungen blieben zunächst verschwommen, d. h. für die Delegierten war es nicht einfach, die Unterschiede in den Positionen herauszufinden. Erst durch gezieltes Nachfragen, auch von unserer Landesvorsitzenden, schälte sich ganz besonders in der Frage der Inklusion heraus, dass Ilka Hoffmann jenseits der Ressourcenfrage die Bedeutung der Inklusion als Menschenrecht stärker akzentuierte als ihr Gegenkandidat, der die notwendige finanzielle Ausstattung mehr in den Vordergrund hob. Ilka dagegen sprach davon, dass man mit dieser ausschließlichen an der mangelnden finanziellen Ausstattung ausgerichteten Argumentation nicht weiterkomme. Die Bedingungen seien immer schlecht gewesen. Ihr Credo, dass Unterschiedliches unterschiedlich zu behandeln sei, führe notwendig zu Akzentsetzungen, was dann auch Auswirkungen auf die Verteilung der Ressourcen habe. Sie verwahrte sich aber gegen den Vorwurf, sie argumentiere damit, dass allein

die Haltung zähle. Das Wahlergebnis war denkbar knapp. Ilka Hoffmann siegte mit einer (!) Stimme Vorsprung.

Die Auseinandersetzung um die Ressourcen beherrschte später dann auch die Antragsberatung. Unsere Vorsitzende Anja Bensinger-Stolze war es, die diese Frage zuspitzte: Inklusion ja, aber nicht um jeden Preis! Hamburg sei von außen betrachtet vielleicht schon weit vorangeschritten in Sachen Inklusion, wenn man sich aber die Bedingungen ansehe, unter denen die Kolleg\_innen dieses Jahrhundertprojekt umzusetzen hätten, könne man – und dies gelte natürlich besonders aus gewerkschaftlicher Sicht – davor nur warnen, dem nachzueifern, solange das Modell personell so unzureichend ausgestattet sei wie in Hamburg. Der nach intensiver Diskussion gefundene Wortlaut des mehrfach geänderten Antrages dazu versuchte, die beiden Positionen zusammen zu bringen. Konkret: die Auflösung der alten separierenden Strukturen kann nur schrittweise in dem Maße erfolgen, wie die

von der Politik bereitgestellten Ressourcen dies zulassen. Die entscheidende Passage, die nach intensiver Diskussion mit großer Mehrheit verabschiedet wurde, versucht die vermeintlichen oder tatsächlichen Gegensätze zusammenzubringen. (s. Kasten)

Zu den Ritualen dieses alle vier Jahre stattfindenden Großereignisses Gewerkschaftstag gehört, dass von allen im Bundestag vertretenen Parteien ein mehr oder weniger prominentes Mitglied seine/ihre Meinung zur Bildungspolitik kundtut. Hinzu kamen am Eröffnungstag der in diesem Fall grüne Landesvater von Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann und sein Parteigenosse, der Bürgermeister der Stadt Freiburg, Dieter Salomon. Dass die Politiker sich die Ehre geben, einschließlich der am zweiten Tag auftretenden Präsidentin der Kultusministerkonferenz, die Baden-Württembergische Bildungsministerin Susanne Eisenmann (CDU), unterstreicht dann doch vielleicht die Bedeutung, die die GEW mit ihren bundesweit organisierten über 280 000 Mitgliedern genießt. Erwartungsgemäß am schwersten hatte es der stellvertretende CDU-Vorsitzende und amtierende Innenminister Baden-Württembergs Thomas Strobl, der sich in Sachen Abschiebung zu verantworten hatte. Trotz der lauten Unmutsbekundungen, die ihn veranlassten, seine Rede abzukürzen (um nicht zu sagen: abzubrechen), stellte er sich danach noch einem Kreis von Delegierten der Diskussion. Auch die amtierende KMK-Präsidentin, die in ihrer Doppelrolle als Bildungsministerin des gastgebenden Landes sich der Diskussion stellen musste, hatte es nicht leicht, liegen doch die Erwartungen der Kolleg\_innen und das, was die Landesregierung konkret tut, weit auseinander.

Winfried Kretschmann musste sich dagegen nicht direkten Fragen der Delegierten stel-

## BESCHLUSS

### 3.17 Eine Schule für Alle

(...) Inklusion ist nicht nur eine schulische, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Das mehrgliedrige deutsche Schulsystem hemmt die Umsetzung der Inklusion und vertieft die soziale Segregation. Es kann nicht sein, dass überwiegend bestimmte Schulformen Inklusion umsetzen. Inklusion ist eine Aufgabe für alle Schulen.

Das Parallelsystem von Förder-/Sonderschulen und allgemeinen Schulen ist schrittweise aufzuheben. Der Transformationsprozess in eine inklusive Schule ist in den Schulgesetzen aller Bundesländer zu verankern.

- Alle allgemeinen Schulen sind inklusive Schulen und nehmen aus ihrem Einzugsbereich Schüler\*innen auf, die sonderpädagogischen Förderbedarf haben und die zieldifferenter unterrichtet werden.

- Der gemeinsame Unterricht in den Regelklassen der allgemeinen Schulen soll für alle Schüler\*innen ermöglicht werden (...)

(alle übrigen Beschlüsse im Internet unter: [https://www.gew.de/fileadmin/media/publikationen/hv/GEW/GEW-Beschluesse/Beschluesse\\_GT\\_2017/3\\_\\_Bildungspolitik](https://www.gew.de/fileadmin/media/publikationen/hv/GEW/GEW-Beschluesse/Beschluesse_GT_2017/3__Bildungspolitik))

len. Seine Rede löste allerdings ebenfalls wenig bis gar keine Begeisterung aus. Natürlich gebe es die Priorität Bildung und deswegen investiere man ja auch außerordentlich in diesen Bereich, so der Ministerpräsident; deswegen mahnte er die Kolleg\_innen, nicht in Larmoyanz zu verfallen und alles schlecht zu reden, sondern die Fortschritte und Anstrengungen seiner Regierung anzuerkennen. Über Gespür für bodenständige Formulierungen verfügt Kretschmann zweifellos; sein Satz „Das Gemotze über die Lehrkräfte muss aufhören“ war am nächsten Tag in allen baden-württembergischen Zeitungen zu lesen.

Dagegen gab es einen erfreulichen Auftritt der Abgesandten der Bundes-Grünen. Bettina Jarasch, Mitglied im Bundesvorstand der Grünen und Abgeordnete des Berliner Abgeordnetenhauses, überzeugte inhaltlich mit Positionen, die sich in weiten Teilen mit denen der GEW decken. Ein Lehrstück in Sachen Politikersprech in Regierungsverantwortung wie bei Kretschmann oder eben, wie in diesem Fall, ohne eine solche.

Auch der Parteivorsitzende der Linken, Bernd Riexinger, trug seine Positionen durchaus glaubhaft vor. Das Kernstück seiner Vorstellungen ist die Umverteilung von Einkommen und Vermögen. Sei man bereit und habe den Mut, den Reichen in die Tasche zu greifen, dann sei genug Geld da, um die notwendigen Bildungsvorhaben zu finanzieren, die vor allem daran ausgerichtet sein müssten, der sozialen Ungerechtigkeit im Land entgegenzuwirken. Es sei beschämend, dass in einem der reichsten Länder der Welt Kinder hungrig zur Schule kämen; aber der eigentliche politische Skandal sei darin zu sehen, dass die Bildungschancen der Kinder von der sozialen Herkunft abhängig seien, so der Parteichef der Linken. Auch ihm, wie zuvor

der Vertreterin der Bundes-Grünen, war der Applaus sicher.

Dagegen hatte es der durch die Schleswig-Holstein-Landtagswahl gebeutelte Ralf Stegner bei seinem Auftritt am letzten Tag insofern schwerer, als er eine Schul- und Bildungspolitik zu rechtfertigen hatte, die, unter der Ägide der Sozialdemokraten umgesetzt, anscheinend bei einem größeren Teil der Menschen in Schleswig-Holstein nicht genügend Rückhalt gefunden hatte. Stegner betonte seine GEW-nahen Positionen zur Bildungsgerechtigkeit und verbreitete einen unerklärlichen Optimismus, diese in einer neuen Regierung in Schleswig-Holstein auch umsetzen zu können.

Was ohne Konflikte verläuft, geht in einer Berichterstattung oft unter. Deshalb bleibe an dieser Stelle nicht unerwähnt, dass auf diesem Gewerkschaftstag ein ganz besonderes Augenmerk auf die internationale Solidarität gerichtet war. Die negativen Folgen der Globalisierung stellen die Gewerkschaften vor besondere Herausforderungen – auch im Bildungsbereich. Marlis Tepe hat dies zu einem ihrer Arbeitsschwerpunkte gemacht. Sie spielt eine wichtige Rolle in der Bildungsinternationalen, in der sich vierhundert Bildungsgewerkschaften aus 170 Ländern zusammengeschlossen haben. Ein Resultat ihres Engagements war die Einladung von Vertreter\_innen vieler Länder, die auf diese Weise dem Gewerkschaftstag beiwohnen konnten. Und natürlich galt die besondere Solidarität dabei den Vertreter\_innen der türkischen Lehrer\_innenverbände, an der Spitze der nach Deutschland geflüchteten Sakine Esen Yilmaz, Generalsekretärin unserer Partnergewerkschaft Eğitim Sen, die zwischenzeitlich politisches Asyl erhalten hat. Die Delegierten unterstützten eine Resolution, die die Repression des Erdoğan-Regimes geißelte. Außerhalb der Tages-



**Die Delegierte Manuela Kirschbaum aus der Fachgruppe PTF – die Tücke des Objekts – ein erstmals eingesetztes elektronisches Wahlsystem kam zum Einsatz**

ordnung und ganz besonders an den Abenden kam es zu manchem regem Austausch mit unseren Gästen.

Aber auch der Austausch unter den Delegierten aus den verschiedenen Landesverbänden, Fachgruppen und Arbeitskreisen auf den verschiedensten Ebenen spielt während eines solchen Mega-Events eine nicht unbedeutende Rolle. Da ist manch informeller Austausch vielleicht bedeutsamer als der eine oder andere Änderungsantrag zu einer Beschlussvorlage, die später in einem Ordner verschwindet. Den Höhepunkt in diesem Zusammenhang bildet dann eine vom gastgebenden Landesverband inszenierte Party. Wer zusammen arbeitet, der soll auch zusammen feiern. Mit einem komödiantisch-satirischen Auftritt in badischer Mundart, gespickt mit viel Lokalkolorit, überzeugte die Landesvorsitzende Doro Moritz zusammen mit einer ihrer Mitstreiterinnen, Eva Schaukelsbergert, ihre Gäste davon, dass Humor der Stoff ist, der für den notwendigen Abstand sorgt, ohne den sich Vieles gar nicht ertragen lässt.

JOACHIM GEFFERS